

Lesen und weitergeben!

KLASSENJUSTIZ

Mitteilungsblatt des Bezirks Berlin-Brandenburg der Roten Hilfe Deutschlands

Secretariat: Berlin NW 7, Doroshenstr. 77/78 / Telefon Mettur 9389

Kleiderammelfelle: Berlin, Kleine Alexanderstr. 28. Hof Kellner, Montags, Mittwochs, Donnerstags 2-6 Uhr

3. Jahrgang

Berlin, November 1927

Nummer 6

Weihnachtshilfe 1927

Selbst den Nichtamnestierten! — Heraus zur Solidaritätsarbeit!

In wenigen Wochen feiert die kapitalistische Welt Weihnachten. Von den Kanzeln herab salbadern die Pfaffen von Neuem die Lüge vom „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ und der Chor der Ausbeuter stimmt an das alte Entfugungslied „Das Gloria vom Himmel“.

Nie zeigte sich die kapitalistische Lüge vom „Friede auf Erden“ so unverhüllt wie jetzt. Fieberhaft rüsten die imperialistischen Mächte zu neuen Kriegen und die Gefahr eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion steht drohend vor uns. Und das „Wohlgefallen“ auf Erden? Immer brutaler wird die kapitalistische Ausbeutung. Auf Kosten der Werktätigen wird die kapitalistische Nationalisierung durchgeführt und stößt Hunderttausende aus dem Produktionsprozess. Die Arbeitslosigkeit wird zum Dauerzustand.

In allen kapitalistischen Ländern herrscht die Reaktion und fast überall wütet der weiße Terror. Mit Hilfe bewaffneter faschistischer Horden werden die Arbeiterorganisationen zerstört und den Arbeitern die elementarsten Rechte geraubt. Die Besten der Arbeiterklasse werden gemordet, das Stöhnen der Gequälten und Gepeinigten und die Hilfeschreie ihrer Frauen und Kinder in Litauen, Rumänien, Bulgarien und China überhören die Inbelselbstgebe dieser „Christenheit“

Und Deutschland? Georg Büchner, der in seinem „Festschen Landboten“ vor nahezu 100 Jahren die Justiz als die Hure der deutschen Fürsten anprangerte, würde, wenn er noch lebte, auch die Justiz von heute in ihrem schwarzrotgoldenen Gewande nur als feile Dirne der herrschenden Klasse vorfinden. Mit der Lüge der „Gerechtigkeit“ wurden Tausende Proletarier wegen ihrer Tätigkeit für die Arbeiterbewegung von diesen Klassenrichtern zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Viele schmachten länger als 8 Jahre auch an dem diesjährigen Feste der „christlichen Nächstenliebe“ noch hinter Zuchthausmauern. Sie haben den neuesten Amnestiebetrag der Hindenburg-Amnestie erlebt, man will sie durch den barbarischen Strafvollzug vollends zugrunde richten.

Über allen Schattanen zum Trost sind sie auch hinter Zuchthausmauern tapferer Kämpfer geblieben und ungebrochen ist ihr Kampfeifer für die Arbeiterbewegung. Denn ihr Glaube ist nicht der Glaube an die kapitalistische Christenheit, sondern die Zuversicht, daß es der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf doch gelingen wird, die Zwingsburgen der kapitalistischen Tyrannei niederzubrechen und den Sozialismus aufzubauen. Während ein mittelalterlicher Strafvollzug die Wider-

standskraft unserer tapferen Kämpfer zu brechen sucht, vollbringt der bürgerliche Staat samt seinen „Wohlfahrtsvereinigungen“ das Uebrige, um die Frauen und Kinder der proletarischen politischen Gefangenen dem Elend zu überliefern. Während Fememörder und Rechtsputschisten nicht nur nicht straffrei ausgehen, sondern von dieser Republik noch mit hohen Pensionen bedacht werden, lehnt man es hartnäckig ab, die Familien der proletarischen politischen Gefangenen aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Selbst die zentrale „Wohlfahrt“-Kommission des „roten“ Berlins hält es nicht für ihre Pflicht, den Familien der proletarischen politischen Gefangenen auch nur einen Zentner Kohlen oder einen Zentner Kartoffeln für den kommenden Winter zu geben. Mit dieser „Wohltätigkeit“, die sich zur Plage auswächst, will man die schwer leidenden Familien der proletarischen politischen Gefangenen zermürben und die Kampfkraft unserer eingekerkerten Klassenbrüder lähmen.



Das wird und darf nicht gelingen! Und wenn täglich neue Kämpfer vom Justizterror niedergeschlagen werden, die organisierte Solidarität aller Werktätigen, die „Rote Hilfe“ wird den Opfern des proletarischen Befreiungskampfes treu zur Seite stehen, bis der Sieg der Arbeiter über die Reaktion, über die kapitalistische Ausbeutung gesichert ist.

Dieses Siegesbewußtsein und der unerschütterliche Glaube an die Klassen-solidarität, das ist der Messias der Unterdrückten.

Wenn die Kirchenglocken in wenigen Wochen von neuem die christliche Nächstenliebe in die Welt läuten und das Bürgertum beim Lichterglanz an wohlgedeckten Tischen Platz nimmt, dann wollen wir durch die Tat neue Beweise proletarischer Solidarität an den eingekerkerten Klassengenossen

und ihren Frauen und Kindern erbringen. Deshalb unsere Winter- und Weihnachtshilfe!

Alein im Bezirk Berlin-Brandenburg warten an diesem Tage der Wintersonnenwende über 150 Frauen und Kinder auf unsere Hilfe. Groß ist die Zahl der in übrigen Bezirken Deutschlands zu unterstützenden Familien. Riesensummen sind für dieses Hilfswerk erforderlich!

Arbeiter! Klassengenossen! Vergesst nicht die tapferen Kämpfer, die für die Interessen aller Werktätigen in den vordersten Reihen gestanden haben und heute schon jahrelang hinter Kerkermauern leiden.

Zeichnet nach euren Kräften Geldbeträge auf den von der Roten Hilfe herausgegebenen Sammellisten. Keiner darf beiseite stehen! Veranlaßt die Geschäftsleute, bei denen ihr kauft,

daß auch sie aus ihren Warenbeständen für die Rote Hilfe Spenden geben. Schon immer haben die Werttätigen Berlin-Brandenburgs in der Unterstützung ihrer eingekerkerten Klassenbrüder Großes geleistet. Zeigen wir auch in diesem Jahre, daß wir unseren Aufgaben gewachsen sind.

Über nicht allein auf die materielle Unterstützung der Opfer des Justizterrors dürfen wir uns beschränken, sondern unablässig müssen wir die Kampffront der Roten Hilfe verbreitern durch Gewinnung neuer Mitglieder und neuer Leser des

Roten Helfers. Aus den Betrieben und den Gewerkschaften, von jedem Werttätigen muß die brüderliche Hilfe und der entschlossene Wille zum Kampf gegen das Wüten der bürgerlichen Klassenjustiz und des weißen Terrors und die Förderung der Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen kommen.

Dann, aber nur dann werden für die politischen Gefangenen und ihre Frauen und Kinder die Siegesglocken des proletarischen Befreiungskampfes klingen und das „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ zur Wahrheit werden.

Polizeiterror

Die innerpolitische Entwicklung in Deutschland steht im Zeichen einer Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat. Mit allen Machtmitteln schürt der bürgerliche Staat die Durchführung der kapitalistischen Nationalisierung. Einige Duzend Ausnahmegeetze, zum Teil schon beschlossenen, sollen den „gesetzlichen“ Rahmen für die völlige wirtschaftliche und politische Verklammerung der werttätigen Massen schaffen, soweit die bestehenden Gesetze und die bürgerliche Klassenjustiz dies noch nicht restlos vermochten. Aber die Arbeiterklasse denkt nicht daran, die Versuche zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, zu einer Beschränkung ihrer politischen Bewegungsfreiheit kampflos hinzunehmen.

Die Abwehrbewegung der Arbeiterklasse gegen die Bürgerblockregierung, gegen den von ihr und den Landesregierungen geförderten Faschismus aller Schattierungen wächst und verstärkt sich im letzten Jahre.

Das Verhalten der Polizei, ganz besonders in Preußen, bei den Demonstrationen der Arbeiterklasse und denen des Stahlhelms verdient die stärkste Beachtung der Roten Hilfe wegen der in diesen willkürlichen Massenverhaftungen sichtbaren Tendenz zur Abschreckung und Brotlosmachung klassenbewußter Arbeiter.

Es handelt sich, wie wir sehen werden, durchaus nicht um Einzelercheinungen, sondern um eine von den Regierungen angeordnete Verschärfung im Vorgehen gegen die klassenbewußte Arbeiterklasse, wenn sie von den in den §§ 114, 118 und 123 der Verfassung gewährleisteten Rechten der „Freiheit der Person“, der „politischen Meinungsfreiheit“ und der „Versammlungsfreiheit“ Gebrauch machen will. Einige Fälle aus dem vielfältigen Material der polizeilichen Verfolgungen herausgegriffen:

Bei den Massenverhaftungen, die im Oktober 1923 in Hamburg vorgenommen wurden, verhaftete man unter viehischer Mißhandlung u. a. auch 74 Arbeiter, die barm selbst von der bürgerlichen Justiz nach 13monatiger unschuldiger Untersuchungshaft ohne Urteil und Entschädigung freigelassen werden mußten.

Anlässlich des Stahlhelmtages in Berlin am 8. Mai d. J., der auf Veranlassung des sozialdemokratischen preussischen Innenministers unter schärfstem polizeilichem Schutz vor sich ging, wurden 800 Arbeiter ohne jeden Grund verhaftet.

Zum Zusammenhang mit der Abwehr des faschistischen Ueberfalls auf das Reichsbanner am 26. Juni in Arensdorf, wo zwei Reichsbannerkameraden menschlins ermordet wurden, erfolgte die grundlose Verhaftung von 90 Kameraden des Roten Frontkämpferbundes. Von den Faschisten wurde nur einer verhaftet.

Am 26. Juli wurden 100 Rote Frontkämpfer, die von einem in Hamburg stattgefundenen Gautreffen nach Berlin zurückkehrten, in der Nähe von Kauen sämtlich verhaftet und ins Polizeipräsidium Berlin eingesperrt, weil sie angeblich „eine haupolizeilich gesperrte Straße durchfahren haben“ sollen! Nur merkwürdig, daß sie schon „von einem starken Aufgebot von Schutzpolizei und Landjägern“ erwartet wurden!

Gelegentlich der Protestdemonstration der Hamburger Arbeiterklasse gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis verhaftete die Polizei wahllos hunderte Arbeiter.

Die letzte Serie von Massenverhaftungen im ganzen Reich ging anlässlich des Hindenburg-Geburtsfestes vor sich. Noch in aller Erinnerung ist, daß an diesem Tage ein mit Roten Frontkämpfern besetztes Polizeiauto im Polizeipräsidium umstürzte und 26 Arbeiter, darunter sieben lebensgefährlich, verletzt wurden.

Wer an Demonstrationen teilgenommen hat, weiß, mit welcher Brutalität die Polizei in der Regel vorgeht. Der Schießprügel wird provokatorisch gesetzt, der Gummiknüppel feiert Orgien der Bestialität an Kriegsbeschädigten, Frauen, Jungpartatistinnen, an Arbeitern, die durch das famose „Stachverbot“ des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten vollkommen wehrlos gemacht worden sind. Wer denkt nicht mit Schmach an den Fürstenwalder „Manentag“ im Jahre 1921 zurück, wo die Polizei gemeinsam mit den Faschisten Eisenbahnzüge auf offener Straße überfielen, um alle „verdächtig“ und „kommunistisch“ aussehenden Reisenden zu Hunderten in Wagniswagen ihrer Freiheit zu berauben und zu mißhandeln, Jugendlichen die Haare abzuschneiden, nackt auszuweisen usw.! Auch die Begünstigung der Faschisten durch die Polizei, die im März d. J. in Berlin-Lichterfelde einen Eisenbahnzug mit K.P. Kameraden überfielen, ist nicht vergessen.

Besonders hinterhältig ist es, daß die meisten Polizeibeamten

unschuldig Verhaftete ihrer Zeugen berauben. Stets weigert sich die Polizei, dem Verhafteten Gelegenheit zu geben, sich die Namen und Adressen der unbeteiligten Zeugen des Vorfalls zu notieren bzw. sie von amtswegen zu vermerken. Die Zeugen werden stets unter der Drohung der Verhaftung weggejagt und der Verhaftete auf dieses Weise eines Beweismittels für seine Unschuld beraubt und die gerichtliche Aufklärung der Polizeibrutalitäten verhindert.

Die Ungeheimhaltung und Willkür solcher Verhaftungen wird von der Polizei indirekt selbst zugegeben, indem sie die Verhafteten nach einigen Tagen wieder freilassen muß, ohne daß auch später ein Strafverfahren zur Durchführung kommt. Im Anfang dieses Jahres mußte das Schöffengericht Hamburg 122 Arbeiter von der Anklage des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ freisprechen, die ebenfalls widerrechtlich in Haft genommen worden waren. Dabei spotteten die Zustände in den Polizeigefängnissen, in die die Arbeiter gesperrt werden, durchweg jeder Beschreibung. Sie starrten von Schmutz und Ungeziefer. Im Polizeigewahrsam Oderberg in der Mark fand ein Arbeiter im Wasserzug Menschenot.

Mit der Haftentlassung ist der ungesetzliche Eingriff in die persönliche Freiheit keineswegs beendet. Einige Tage unschuldiger Haft genügen, den Arbeiter arbeitslos zu machen oder ihn dem Unternehmer gegenüber als „polizeilich verdächtig“ zu signalisieren. Seit einiger Zeit schleppt man Arbeiter ohne vorherige Vorladung aus dem Betrieb zu polizeilichen Vernehmungen. Das gezwungene Verhalten der Polizei bewirkt durch diese faschistischen Methoden eine Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz und eine Abschreckung von politischer Betätigung.

Die Polizei hat bei Verdacht strafbarer Handlungen lediglich das Recht „zur vorläufigen Festnahme“, d. h. sie kann die Identität der Person feststellen, oder sie muß den Festgenommenen nach Paragraph 114b der Strafprozeßordnung innerhalb von 24 Stunden dem Richter zuführen, der entweder einen Haftbefehl erläßt oder die Freilassung verfügt. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhaftungen in 95 von hundert Fällen willkürlich und unrechtmäßig erfolgen, sollten alle davon Betroffenen nach ihrer Entlassung gegen den Polizeipräsidenten als vorgesetzte Behörde der Einzelbeamten Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung usw. erstatten. Wenn auch die bürgerliche Klassenjustiz den Polizeiterror rückhaltlos deckt, sind solche Schritte bei Auswertung durch die Rote Hilfe doch geeignet, die Rechtlosigkeit des Arbeiters Schichten der Arbeiterklasse zu beweisen, die wir noch in die Kampffront der Roten Hilfe einreihen wollen.

Diese Ausführungen richten sich nicht gegen die einzelnen unteren Polizeibeamten, die sich durchweg aus den besitzlosen Schichten der Bevölkerung rekrutieren und bei denen jeder klassenbewußte Arbeiter für die proletarischen Interessen um Verständnis werben muß. Diese Feststellungen sollen vielmehr das Polizeisystem des bürgerlichen Staates brandmarken, das durch seine ganze Struktur den Polizeibeamten zu reaktionären Maßnahmen gegen die um ihre Befreiung kämpfende Arbeiterklasse zu mißbrauchen sucht. Dieses Terrorinstrument der Bourgeoisie wird erst mit dem Siege der Arbeiterklasse über ihre Ausbeuter und deren Staatsapparat verschwinden.

Soermus kommt

vom 2. bis 21. Dezember 1927 nach Berlin, um seine Kunst in den Dienst der proletarischen Solidarität zu stellen.

Der weltbekannte „Rote Geiger“ Soermus spielt für die Kinder der politischen Gefangenen in einer Reihe von Konzerten in Berlin und der Provinz Brandenburg.

Eröffnungskonzert

Freitag, den 2. Dezember 1927, abends 8 Uhr, Sophienstraße, Sophienstraße 17/18.

Weihnachtsveranstaltungen

Sonntag, den 18. Dezember 1927, nachmittags 4 Uhr, Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclestraße 24.

Karten zu den einzelnen Veranstaltungen sind schon jetzt bei allen Funktionären der Roten Hilfe und in den Aushangstellen zu haben.

Eintritt 0,50 M. und für Erwerbslose an der Abendkasse 0,40 M.

Wie beseitigen wir die Ueberlastung der NS.-Funktionäre?

Mit dem ständigen Wachsen unserer Organisation im Bezirk Berlin-Brandenburg hat die Stärkung unseres Funktionärkörpers nicht gleichen Schritt gehalten. In fast allen Ortsgruppen herrscht ein großer Funktionärmangel. Viele der wichtigsten Funktionen sind vollständig unbesetzt. So fehlen vor allen Dingen die Agitprop- oder Werbeleiter, die Note-Hilfe-Korrespondenten und Literatur-obleute. In vielen Ortsgruppen sind diese wichtigsten Funktionen in der Person eines Genossen, noch dazu des Vorsitzenden, vereinigt. Es gibt Untertassierer, die 60 bis 80 Mitglieder tassieren müssen.

Bei einem derartig überlasteten Funktionärapparat ist es klar, daß die gesamte Organisationsarbeit schwer zu leiden hat. Die Mitglieder werden nur sehr mangelhaft tassiert, der Umsatz unserer Literatur und besonders des „Rote Helfer“ ist sehr schwach, die Betreuung der politischen Gefangenen und deren Angehörigen wird stark vernachlässigt. Diejenigen Funktionäre, die ihre Arbeit gewissenhaft durchführen wollen, sind so überlastet, daß sie im Laufe der Zeit abgepaunt werden und das Bedürfnis haben, auch mal auf einige Zeit auszuspannen.

„Ich bin überlastet! . . . Immer dieselben leisten die Arbeit.“

Diese Worte hört man von unseren Funktionären sehr oft und es folgt dann ein großes Gemurmel über die Passivität der Mitglieder. Ein Teil dieser Funktionäre hat jede Hoffnung aufgegeben, daß sich dieser Zustand einmal bessern wird. Sie verrichten ihre ganze Note-Hilfe-Arbeit nur noch schematisch, immer mit dem Gefühl, daß sie die Arbeit doch nicht schaffen.

Kassenbericht

(Monate Juli bis September)

Einnahmen:

Eintrittsgelder	552,20 M
Beitragsmarken a 10 Pf.	22 256,30 "
Beitragsmarken a 50 Pf.	1 420,50 "
Sammlung für Wiener Opfer	18 842,66 "
Kollektivbeiträge	528,50 "
Sammellisten	8 482,71 "
Sonstige Sammlungen	3 592,36 "
Postkarten	1 456,52 "
Broschüren	1 207,33 "
„Rote Helfer“	6 015,43 "
Kinderheim-Marken a 10 Pf.	110,50 "
Gehaltsabzüge der Angestellten der Arbeiter-organisationen	4 358,20 "
Sonstiges	282,70 "
Magistrat der Stadt Berlin	1 500,— "
Abzeichen	501,64 "
Armbinden	18,90 "
Weihnachtsmarken a 10 Pf.	71,40 "
Hoeh-Marken a 10 Pf.	623,40 "
Kongressmarken a 10 Pf.	750,— "
Zeitungs-Marken a 10 Pf.	5 279,40 "
Summa:	77 850,65 M.

Kassenbestand am 1. 7. 1927:

a) Bargeld	6 605,51 "
b) Guthaben auf Postcheckkonto	624,82 "

Insgesamt: 85 080,98 M.

Ausgaben:

Familien- und Gefangenenerunterstützung	13 149,97 M
Entlassungsgeld für Gefangene	495,— "
Notstandsunterstützung	767,95 "
Propaganda und Agitation	898,06 "
Gehälter und Entschädigungen	2 718,50 "
Fahrtgelder und Speisen	759,12 "
Porto und Telephon	841,97 "
Miete, Heizung, Licht usw.	808,21 "
Bürorenten	249,50 "
An Prop-Verlag für Literatur	9 226,— "
Sonstiges	115,10 "
Inventar	98,70 "
Arbeitsgebietskonferenzen	254,55 "
Ausgaben der Ortsgruppen	133,70 "
Patenschaft Kischinev	1 000,— "
An Note Hilfe Oesterreich für Unterstützung der Wiener Opfer	18 000,— "
Abführungen an den Zentralvorstand der NSD.	23 615,— "
Summa:	73 131,33 M

Kassenbestand am 31. 9. 1927:

a) Bargeld	8 688,— M
b) Guthaben auf Postcheckkonto	3 261,65 "

Insgesamt: 85 080,98 M

Die Richtigkeit bestätigen die Revisoren:

W. Raehlschen, E. Lehmann, Erwin Benzin, E. Heinrich.
Berlin, den 26. Oktober 1927.

Kann man diesem Uebelstand abhelfen? Es ist nicht schwer, die wahren Ursachen festzustellen.

Unsere Funktionäre sind alle überlastet!

Es müssen also noch mehr aktive Funktionäre für die Mitarbeit gewonnen werden, daß ist der einzige Weg, um diesen Uebelstand zu beseitigen.

Aber wie soll das geschehen, wenn sich unsere Mitglieder nicht bereit erklären, eine Funktion anzunehmen? Man muß also einen Weg finden, wie man neue Funktionäre gewinnt.

Gewöhnlich geht die Suche nach Funktionären so vor sich, daß man in den, noch dazu meist schwach besuchten Mitgliederversammlungen die Frage stellt: „Wer will diese oder jene Funktion übernehmen oder wer wird vorgeschlagen?“ Das ist ein falscher und negativer Weg. Ein Funktionär läßt sich nicht zufällig in einer Versammlung herausfinden oder beauftragen. Dort, wo es geschieht, ist es meistens, wie sich später herausstellt, ein Fehlschritt. Ein neuer Funktionär muß gesucht und dann von den Suchenden individuell gewonnen werden.

Wenn, angenommen, ein Untertassierer durch die neu eingetretenen Mitglieder schon 40 Mitglieder zu tassieren hat, dann ist es ihm ein Leichtes, festzustellen, wer von diesen 40 Mitgliedern sich für die Funktion eines Untertassierers eignet. Es ist leicht festzustellen, wer die notwendige Zeit und Gelegenheiten hat, um von diesen 40 Mitgliedern einige zu übernehmen und in den Nachbathäusern oder -strahlen zu tassieren. Bei der ersten Frage wird nicht immer gleich die Bereitwilligkeit vorhanden sein. Man muß diesem neu zu gewinnenden Funktionär klarmachen, daß er nur bei einigermaßen guten Willen in der Lage ist, einige Mitglieder zu tassieren, und daß er dadurch hilft, die große Last des einzelnen Funktionärs auf mehrere Schultern zu verteilen. Hat er dann zugesagt, dann kann er durch den Ortsvorstand oder die Funktionärsleitung beauftragt werden, diese Funktion auszuüben und die später stattfindende Mitgliederversammlung braucht ihn nur noch zu bestätigen.

Genau so muß verfahren werden bei der Gewinnung aller übrigen fehlenden Funktionäre. Ist kein Werbeleiter, Literatur-obmann oder Familienpfleger da, so muß der Vorsitzende der Ortsgruppe Umschau halten, wo ein geeigneter Genosse ist. Die Untertassierer, die doch durch die persönliche Kassierung die einzelnen Mitglieder gut kennen, werden ihn da auf manchen guten Genossen aufmerksam machen können. Der Vorsitzende muß dann mit diesem Genossen persönlich Rücksprache nehmen und ihn für diese Funktion gewinnen.

Jeder Funktionär, der überlastet ist, sollte jetzt einmal beginnen, aus dem Kreis seiner Mitglieder einen Funktionär zu gewinnen. Der Erfolg wird nicht gleich am nächsten Tag da sein, aber bei systematischer Arbeit in dieser Richtung wird er nicht ausbleiben.

Noch ein Mangel, an dem unser Funktionärkörper heute krankt, ist, daß im Falle plötzlichen Ausscheidens eines Funktionärs nicht sofort ein vollwertiger Nachfolger zur Stelle ist. Es sollte deshalb jeder Note-Hilfe-Funktionär, der sich seiner verantwortungsvollen Arbeit bewußt ist, stets dafür sorgen, daß er von Anfang an sich einen Ersatzmann heranzubildet. Dazu ist notwendig, daß er den betreffenden Genossen oder die Genossin öfter zur Mitarbeit heranzieht und in seine gesamten Arbeiten einweicht. Notwendig ist dabei, daß jeder Funktionär seine Organisationsmaterialien immer in bester Ordnung hat. Niemand wird für einen anderen Funktionär die Vertretung übernehmen wollen oder sein Nachfolger werden, wenn der zu übernehmende Markensbestand, die Kartothekarten, der Literaturbestand oder die Buchführung nicht in bester Ordnung sind.

Beseitigen wir einmal diese von uns erkannten Mängel und gehen wir daran, gut geeignete Mitglieder, besonders auch die Frauen, systematisch zu Funktionären zu gewinnen, dann wird auch bald der große Uebelstand der Ueberlastung aufhören. Wir werden dann einen guten und gesunden Funktionärstab haben, wie wir ihn als Organisation benötigen.

In der nachfolgenden Nummer der „Klassenjustiz“ wollen wir gern weiteren Funktionären das Wort zu dieser überaus wichtigen Frage geben. Die Redaktion bittet deshalb alle Interessenten, praktische Vorschläge zur Gewinnung von neuen Funktionären und zur Beseitigung der Ueberlastung an den Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg einzusenden. Redaktionschluß der nächsten Nummer ist am 5. Dezember.

Zur Nachahmung!

Die Ortsgruppe Riezen, die im Oktober gegründet wurde und aus 8 Mitgliedern besteht, hat im ersten Monat bereits 80 Stück „Rote Helfer“ umgesetzt. Auch für den Monat November wurden 80 Zeitungen angefordert.

Zwei Genossen der 3. Gruppe des 4. Bezirks besuchten 42 Kohlenhändler. 38 davon spendeten Kohlen. — Erfolg: 139 Zentner Kohlen.

Mitgliederbestand und Einnahmen der Ortsgruppen. II. Quartal 1927

Nr.	Ortsgruppen	Einzel-Mitglieder	April Mt.	Mai Mt.	Juni Mt.	Nr.	Ortsgruppen	Einzel-Mitglieder	April Mt.	Mai Mt.	Juni Mt.
1	Berlin 1	4093	1115,90	688,91	808,35	61	Görsverda O.-L.	7	3,60	—	—
2	" 2	1058	488,15	236,90	257,20	62	Jüterboog	37	38,40	—	27,20
3	" 2a	366	296,58	174,54	212,64	63	Kalkberge-Rüdersf.	120	79,00	—	76,40
4	" 3	2063	735,45	441,50	652,45	64	Rückhain N.-L.	6	—	—	3,00
5	" 4	1993	698,50	948,95	673,20	65	Königswusterhausen	62	—	—	—
6	" 5	6324	2055,00	2001,75	1745,50	66	Nremmen	12	1,60	—	—
7	" 6	2555	1146,10	700,0	1499,26	67	Sandberg a. W.	50	24,30	—	11,00
8	" 7	1305	200,00	323,60	480,80	68	Sautawerk, Kr. Kalau	80	143,20	—	—
9	" 8	277	329,91	—	—	69	Schölin	10	—	—	—
10	" 9	461	—	—	241,50	70	Siebenwalde	36	—	—	10,90
11	" 10	67	46,30	33,40	30,00	71	Sinum	33	27,00	20,90	13,90
12	" 11	904	414,15	380,25	388,85	72	Tippelne	10	—	—	—
13	" 12	671	426,20	365,65	479,75	73	Luderswalde	162	64,05	131,80	89,80
14	" 13	240	233,20	282,70	—	74	Marlowe	47	—	—	—
15	" 14	2009	442,80	964,00	493,55	75	Mittenwalde	77	—	—	—
16	" 15	613	338,43	285,05	339,30	76	Plauen	109	82,10	—	64,30
17	" 16	701	244,30	269,70	291,90	77	Neudamm	24	27,90	—	14,50
18	" 17	658	297,90	101,00	555,22	78	Neuruppin	56	—	—	—
19	" 18	512	272,90	225,80	205,40	79	Neuschulzenhof	24	—	—	30,00
20	" 19	786	272,90	439,00	269,30	80	Niederow	30	35,95	25,60	26,35
21	" 19a	123	156,80	—	114,95	81	Niederlehme	25	14,70	16,90	76,15
22	" 20	1012	348,55	439,05	398,90	82	Nommes	255	74,90	121,20	110,75
23	Alt-Beelig	10	—	—	—	83	Oderberg	9	5,50	7,50	5,30
24	Alt-Drewitz	23	11,60	6,40	6,90	84	Oranienburg	101	22,70	68,30	34,76
25	Alt-Sandberg	15	—	—	—	85	Potsdam	132	91,90	53,50	44,00
26	Angermünde	17	—	—	28,70	86	Prenzlau i. Uferm.	15	—	—	37,50
27	Beeskow	14	7,30	8,70	8,60	87	Rahenow	20	—	—	—
28	Belzig	24	12,70	—	—	88	Rahfelde a. d. Ostb.	11	—	10,00	9,10
29	Birkenwerder	10	37,90	—	—	89	Ruppen	42	—	—	—
30	Brandenburg a. H.	172	60,70	78,10	58,80	90	Rheinsberg	23	14,70	—	—
31	Briesen i. M.	46	21,43	11,50	14,20	91	Särten-Annabütte	58	—	30,35	31,40
32	Bühlow	8	—	22,30	7,00	92	Schneidemühl	183	56,00	19,50	58,35
33	Calau	4	1,40	2,60	6,30	93	Schwedt a. Od.	101	30,00	—	206,75
34	Cottbus	115	—	—	104,10	94	Senftenberg N.-L. I	120	117,65	71,50	34,40
35	Criewitz N.-L.	11	—	—	—	95	Senftenberg N.-L. II	106	—	—	—
36	Cüstrin	31	—	—	—	96	Senzig	39	25,25	19,50	19,65
37	Dabendor	26	—	—	—	97	Soldau	15	—	—	—
38	Dahlwitz	20	—	—	—	98	Soran N.-L.	27	16,35	18,40	11,90
39	Driesen i. M.	62	27,20	—	25,45	99	Spremberg	45	30,70	25,10	—
40	Eberswalde	162	93,50	98,22	100,18	100	Stahnsdorf Kr. Teltow	20	—	—	30,00
41	Eichwalde	22	—	22,45	22,90	101	Steinfurth	68	81,00	—	—
42	Eulo	7	3,70	5,50	3,10	102	Strasburg i. Uferm.	70	41,85	31,75	30,60
43	Finstertal	48	—	—	—	103	Strausberg	20	—	—	6,00
44	Fock N.-L.	76	32,00	16,30	16,70	104	Teltow	96	18,90	14,60	32,40
45	Frankfurt a. O.	79	81,00	45,50	—	105	Templin i. Uferm.	15	—	—	2,00
46	Friedersdorf a. Ostb.	111	62,20	87,00	38,70	106	Trebbin Kr. Teltow	34	23,30	14,30	106,25
47	Freienwalde a. Od.	31	12,65	16,45	21,90	107	Velten	20	40,00	—	—
48	Friesen	10	—	—	—	108	Weißfleißel	36	26,10	14,70	11,20
49	Fritzenfelde	10	—	—	—	109	Weißwasser	60	33,50	27,00	20,00
50	Fürstenwalde	147	97,50	54,60	58,90	110	Werder a. H.	18	—	—	—
51	Glinow b. Werder	10	—	—	—	111	Wildau i. W.	53	30,00	—	20,00
52	Golzow	5	—	—	—	112	Wittenberge a. E.	272	97,60	149,60	116,45
53	Groß-Belken	59	24,30	27,30	15,75	113	Wittstock a. d. Döffe	116	—	—	29,25
54	Gr.-Schönebeck	27	20,10	28,15	12,90	114	Wriezen a. Oder	22	—	—	8,90
55	Guben	141	63,30	55,85	46,80	115	Wustermark	18	36,35	9,60	10,90
56	Hangelberg	10	—	—	—	116	Zehdenitz	10	—	—	—
57	Heegerathle	101	65,10	—	57,10	117	Zienzig	20	40,25	—	13,20
58	Hennigsdorf	93	57,60	49,65	56,20	118	Zilmsdorf	4	—	3,10	—
59	Herzfelde	39	47,60	17,00	20,20	119	Züllichau	10	—	—	—
60	Hohen-Heinendorf	10	26,00	—	—						

Wie steigern wir unseren Literaturumsatz?

Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die bürgerliche Massenjustiz und den weißen Terror ist die entsprechende Aufklärung der breiten Massen über das Wesen der beiden Instrumente des bürgerlichen Staates. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Roten-Hilfs-Mitgliedes, sich selbst mit der erschienenen R.-H.-Literatur vertraut zu machen und darüber hinaus für weitestgehende Verbreitung Sorge zu tragen.

Wie sieht es nun aber mit der Verbreitung unserer Literatur aus? Sieht man sich die Abrechnungen der einzelnen Ortsgruppen an, so muß man feststellen, daß der Literaturumsatz mehr als mangelhaft ist. Ja, es gibt Ortsgruppen, die in den letzten sechs Monaten noch nicht eine Broschüre abgerechnet haben. Der Bezirk Berlin-Brandenburg hat im 1. Quartal 1927 umgekehrt pro Mitglied und Vierteljahr für 4,7 Pfennig Literatur, im 2. Quartal pro Mitglied und Vierteljahr für 2,4 Pfennig Literatur. Wir standen im 1. Quartal an 13. und im 2. Quartal an 21. Stelle von allen Bezirken im Reich. Dies ist wirklich ein beschämendes Resultat für unseren großen Bezirk.

Wie steigern wir nun unseren Literaturumsatz? In erster Linie muß dafür gesorgt werden, daß in allen Ortsgruppen, bis in die

untersten Einheiten, in allen Betriebsgruppen, in allen Organisationen, die uns korporativ angeschlossen sind, Literaturleute herangebildet werden. Der Literaturobmann der Ortsgruppe muß dafür sorgen, daß sämtliche herauskommende Literatur auch in die Organisationen, in die Betriebsgruppen, in die Gruppen und Abteilungen hineinkommt. Der Literaturvertrieb muß so organisiert werden, daß jeder Unterlassierer, der z. B. 20 Mitglieder kassiert, zumindest fünf Broschüren von jeder neuen Broschüre umsehen muß. Er darf sich natürlich nicht damit begnügen, an die Mitglieder die Literatur zu verkaufen, er muß auch mit den Mitgliedern sprechen, ob es nicht möglich ist, daß sie selbst Literatur in einigen Exemplaren zum Vertrieb in ihrem Betrieb, bei Bekannten, in Vereinen usw. übernehmen. Selbstverständlich ist es, daß in allen Versammlungen proletarischer Organisationen unsere Literatur angeboten und verkauft werden muß.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, nicht nur seine Beiträge zu zahlen, sondern überall für die Organisation zu werben, Zweck und Ziele der Organisation breiten Kreisen bekanntzumachen. Dies kann man am besten durch die Verbreitung unserer Literatur.

Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Erich Steinfurt Berlin.
 Druck: "Ruba" Papier-Druck- und Verlags-Ges.,
 Abteilung Friedrichs-Druckerei Berlin.